SVR Hongkong

35 Weitere öffentliche Konsultationen über Modifikationen des Wahlrechts

Die öffentlichen Konsultationen zum dritten Bericht der Taskforce für konstitutionelle Entwicklung unter Chief Secretary Donald Tsang wurden nach nunmehr fünf Monaten am 15. Oktober abgeschlossen. In ihrem Bericht hatte die Taskforce am 11. Mai d.J. Vorschläge zu Modifikationen des bestehenden Wahlrechts vorgelegt, auf deren Grundlage bis zum 31. August öffentliche Konsultationen abgehalten werden sollten. Dies war notwendig geworden, nachdem sich der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses (NVK) im April gegen direkte Volkswahlen in den Jahren 2007 bzw. 2008 ausgesprochen hatte (vgl. C.a., 2004/4, Ü 26; C.a., 2004/5, Ü 29). Der ursprüngliche Zeitrahmen von drei Monaten für die Konsultationen wurde jedoch zweimal verlängert. um auch den Abgeordneten der neu gewählten Legislativversammlung Gelegenheit zu Konsultationen zu geben, und endete schließlich am 15. Oktoher

Insgesamt gingen bei der Hongkonger Regierung über 430 Vorschläge für Modifikationen des Wahlrechts ein, von denen rund 90 von Organisationen stammten. Mit dieser regen Beteiligung zeigten sich Regierungsvertreter zufrieden. Die Konsultationen brachten vor allem folgende Vorschläge von politischen Parteien und Think Tanks zur Reformierung der brachenbezogenen und berufsständischen Wahlkollegien (functional constituencies) und des Wahlkomitees. Konkret bezogen sich die Vorschläge auf:

- Änderung der Zusammensetzung, Größe und Anzahl der Wählergruppen für die Wahl der 30 Abgeordneten der Legislativversammlung in den functional constituencies;
- Änderung der Zusammensetzung und Erhöhung der Zahl der

Mitglieder des Wahlkomitees für die Wahl des Regierungschefs.

Diese beiden Bereiche waren bereits im dritten Bericht der Taskforce als reformbedürftig identifiziert worden. die jetzigen Vorschläge gaben zudem z.T. konkrete Zahlenangaben. Während sich die regierungsfreundlichen Parteien Democratic Alliance for the Betterment of Hong Kong (DAB) und Liberal Party (LP) an den Konsultationen beteiligten und Vorschläge zur schrittweisen Veränderung des Wahlrechts unterbreiteten, wurden die Beratungen von den pro-demokratischen Parteien und Gruppierungen, wie z.B. der Democratic Party (DP), der Article 45 Concern Group und der Confederation of Trade Unions, boykottiert. Sie traten vielmehr erneut für direkte Volkswahlen ab 2007/08 ein. Für Aufruhr sorgte die Forderung Fernando Cheungs, eines pro-demokratischen Unabhängigen und Vertreters des Berufsstandes Soziale Wohlfahrt, nach einem Referendum zur Einführung von allgemeinen Direktwahlen bis 2007/08. Nach Meinung des Leiters der Taskforce, Donald Tsang, verstoße ein Referendum gegen die Entscheidung des Ständigen Ausschusses des NVK und damit auch gegen das Hongkonger Grundgesetz, das Basic Law. Eine Debatte hierüber sei daher reine Zeitverschwendung. In Anlehnung daran hielt die ehemalige Chief Secretary Anson Chan in ihrer Reaktion auf Fernando Cheungs Forderung einen Fokus auf den Zeitpunkt und das Verfahren bei Direktwahlen für weitaus produktiver.

Berater der zentralchinesischen Regierung in Beijing verbanden mit Cheungs Vorstoß sogleich die unangenehme Erinnerung an das Referendum auf Taiwan im März d.J. Dieses war als weiterer Schritt in Richtung Unabhängigkeit Taiwans angesehen worden. Ein Referendum in Hongkong erscheint auch daher wenig sinnvoll, weil die demokratischen Kräfte bei den Wahlen zur Legislativversammlung bereits 62% der Stimmen bei den Direktwahlen erhalten hatten. Damit hatten sich die Wähler mehrheitlich für Wahlen bis 2007/08 ausgesprochen. Die Bedeutung dieser Thematik zeigte sich wiederum beim ersten Treffen des Ausschusses für Verfassungsfragen (Constitutional Affairs

Panel) der neuen Legislativversammlung, der an den Reformen des Wahlrechts beteiligt sein wird. Pro-demokratische Abgeordnete brachten auch dort das Gesuch ein, ein Referendum zu den Direktwahlen abzuhalten. Nach kontroversen Diskussionen stimmte eine Mehrheit der regierungsfreundlichen Vertreter schließlich gegen den Antrag.

Bemerkenswert ist der Entwurf zur schrittweisen Modifikation des Wahlrechts von Seiten der Hongkonger Geschäftswelt, welchen die Hong Kong General Chamber of Commerce einreichte. In ihrem Entwurf verzichtete sie zwar darauf, selbst einen Termin für Direktwahlen des Regierungschefs und der Legislativversammlung zu benennen, wies aber gleichzeitig auf das Jahr 2012 hin, welches allgemein als Zielmarke für die Direktwahl des Regierungschefs angesehen werde. Ferner sprach sich die Handelskammer wie der unabhängige Think Tank Civic Exchange und einige prodemokratische Kräfte ebenfalls dafür aus, dass die Hongkonger Regierung einen konkreten Zeitplan für die Einführung von Direktwahlen vorlegen solle. Indem sich die Handelskammer. die 4.000 Unternehmen der einflussreichen Hongkonger Geschäftswelt vertritt, zu einem baldigst möglichen Termin für Direktwahlen bekannte, wich die Hongkonger Geschäftswelt erstmalig von ihrem traditionellen Verhalten ab, sich nicht zu demokratischen Reformen zu äußern.

Noch in diesem Jahr soll ein vierter Bericht der Taskforce für konstitutionelle Entwicklung publiziert werden. Nach weiteren öffentlichen Konsultationen wird die Regierung nach Aussagen von Donald Tsang dann in einem fünften Bericht Mitte 2005 konkrete Vorschläge für eine konstitutionelle Reform veröffentlichen, nachdem ein Konsens über die Geschwindigkeit des Demokratisierungsprozesses gefunden wurde. Ergänzend zu den öffentlichen Konsultationen wird am 6. November 2004 erstmals ein Forum zu den konstitutionellen Reformen und der Geschwindigkeit der Demokratisierung Hongkongs abgehalten werden. Organisatoren sind die drei Hongkonger Think Tanks Civic Exchange, SynergyNet und Hong Kong Policy Research Institute sowie die Hongkonger Zeitung South China Morning

Post. Über 400 Politiker, Akademiker, Geschäftsmänner und offizielle Vertreter vom chinesischen Festland, aus Hongkong und Macau werden als Teilnehmer erwartet. Trotz der Meinungsverschiedenheiten über die Einführung von allgemeinen Direktwahlen bis 2007/08 zwischen der zentralchinesischen Führung in Beijing und den Beijing-freundlichen Parteien Hongkongs auf der einen Seite und dem prodemokratischen Parteienlager Hongkongs auf der anderen Seite, könnte diese Konferenz dazu beitragen, einen konkreten Plan zur Reformierung des Hongkonger Wahlrechts zu entwerfen. (RTHK, Radio 3, 28.9., 15.10.04, nach BBC PF, 29.9., 16.10.04; SCMP, 7., 13., 14., 16., 19., 20., 23., 26.10.04; XNA, 19., 24.10.04; Yahoo! Asia News online, 23.10.04) -kw-

36 Ernennung von zwei neuen Mitgliedern des Kabinetts der Regierung Tung Cheehwa

Am 12. Oktober ernannte Regierungschef Tung Chee-hwa folgende zwei neue inoffizielle Mitglieder für sein Kabinett, dem Executive Council: Bernard Chan, Mitglied der politischen Gruppierung The Alliance und Vertreter des Berufsstandes Versicherung in der Legislativversammlung, sowie Laura Cha, ehemalige stellvertretende Vorsitzende der China Securities Regulatory Commission, der chinesischen Wertpapieraufsichtsbehörde. Damit stieg die Zahl der Kabinettsmitglieder auf insgesamt 21. Von ihnen arbeiten 14 als Minister in den verschiedenen Verwaltungsressorts, zusätzliche sieben Spitzenbeamte sind als inoffizielle Mitglieder tätig (zur bisherigen Zusammensetzung des Kabinetts vgl. C.a., 2002/6, Ü 30).

Im Vorfeld hatte es in den Hongkonger Medien und Regierungskreisen Spekulationen gegeben, ob angesichts der gestärkten pro-demokratischen Opposition infolge der Wahlen zur Legislativversammlung im September einer ihrer Vertreter in den Executive Council geholt werden würde. Aussichtsreicher Kandidat war Alan Leong, ein Mitglied der Article 45 Concern Group, welche die größten Gewinne bei den Wahlen zu verzeichnen hatte. Ein De-

mokrat wurde jedoch nicht ins Kabinett gerufen.

Nach Aussagen Tung Chee-hwas hätten beide neuen Mitglieder besondere Fähigkeiten, die Hongkong zugute kommen würden. Laura Cha verfüge über einen großen lokalen, regionalen und internationalen Erfahrungsschatz und Kenntnisse über die Finanzindustrie. Daher könne sie dazu beitragen, Hongkong weiterhin als führendes Finanzzentrum zu erhalten. Bernard Chan würden seine Erfahrungen und Kontakte mit Unternehmen und Versicherungen dazu befähigen, dem Kabinett neue Perspektiven zu eröffnen.

Die Ernennung von Bernard Chan als

Mitglied von The Alliance muss insbesondere im Zusammenhang mit dem neuen Abstimmungsverhalten einiger Unabhängiger in der neuen Legislativversammlung gesehen werden. Traditionell stimmen diejenigen unabhängigen Abgeordneten, die indirekt in den berufsständischen und branchenbezogenen Wahlkollegien (functional constituencies) gewählt wurden, regierungsfreundlich ab. Die politische Gruppierung The Alliance entstand aus der Umbenennung eines zuvor losen Zusammenschlusses unabhängiger Abgeordneter aus den Berufsständen, der bis kurz nach den Wahlen zur Legislativversammlung noch Breakfast Group hieß. Im Zuge der Umbenennung strebte The Alliance gleichzeitig eine größere Rolle im politischen Leben Hongkongs an und verstand sich nach eigenen Angaben als Zünglein an der Waage bei Abstimmungen im Parlament. Ein traditionell regierungsfreundliches Abstimmungsverhalten dieser Allianz aus fünf Unabhängigen wurde somit offensichtlich aufgeweicht. Bei der Wahl zum Vorsitzenden des Finanzausschusses (Finance Committee) des Parlamentes im Oktober 2004 fungierte The Alliance dann erstmals tatsächlich als Zünglein an der Waage. Mit Hilfe ihrer Stimmen konnte am 6. Oktober 2004 der regierungsfreundliche Kandidat und vormalige Amtsinhaber Phillip Wong aus dem Rennen geworfen und stattdessen Emily Lau von der pro-demokratischen Partei The Frontier überraschend als Vorsitzende des Finanzausschusses gewählt werden. Ein regierungsfreundliches Abstimmungsverhalten kann seither nicht mehr als selbstverständlich zugrunde gelegt werden.

Es steht zu vermuten, dass sich Regierungschef Tung Chee-hwa von der Ernennung Bernard Chans zum inoffiziellen Mitglied des Executive Council ein regierungsfreundliches Abstimmungsverhalten der Mitglieder von The Alliance verspricht. Damit könnte sich der Stimmenanteil der Regierungskoalition von 24 auf 29 erhöhen und ein stärkeres Gegengewicht zu den 25 Stimmen der pro-demokratischen Opposition geschaffen werden. Bernard Chan hatte nach seiner Ernennung jedoch angedeutet, dass er von seinem Posten im Regierungskabinett zurücktreten würde, wenn er zur Unterstützung des Regierungskurses gezwungen werden würde und das nicht mit seinem Gewissen vereinbar wäre. Es bleibt demnach abzuwarten, ob es zukünftig erneut zu einem regierungskritischen Abstimmungsverhalten der formal Unabhängigen kommen wird. (Hong Kong SAR government website, 12.10.04; XNA, 12.10.04; WSJ, 8., 12.10.04; RTHK, Radio 3, 12.10.04, nach BBC PF, 13.10.04; SCMP, 6., 7., 12., 13., 18.10.04; The Standard, 23.9.04) -kw-

37 Amtsantritt des neuen Gesundheitsministers

Am 8. Oktober ernannte Regierungschef Tung Chee-hwa Dr. York Chow, den Direktor des Hongkonger Queen-Mary-Krankenhauses, zum neuen Hongkonger Minister für Gesundheit, öffentliche Wohlfahrt und Ernährung. Damit tritt Dr. Chow die Nachfolge von Dr. Yeoh Eng-kiong an, der bereits Anfang Juli wegen mangelhaften Umgangs mit der SARS-Krise Anfang 2003 seinen Rücktritt bekannt gegeben hatte (vgl. C.a., 2004/7, Ü 26).

Auf Wunsch des Regierungschefs folgte mit Dr. Chow abermals ein Arzt auf den Posten des Gesundheitsministers. Ein Fachmann könne im Falle eines zukünftigen Ausbruchs einer Epidemie die Situation besser kontrollieren, so Tung Chee-hwa. Bei seinem Amtsantritt räumte Dr. Chow der effektiven Unterstützung und der Bereitstellung von Dienstleistungen für ältere, behinderte und chronisch kranke Menschen sowie für Familien, die von Ar-

mut bedroht sind, höchste Priorität ein. Daneben müsse die Bevölkerung durch frühzeitige Kontrolle vor Infektionskrankheiten geschützt und der hohe Standard der Gesundheitsfürsorge zu bezahlbaren Gebühren weiterhin erhalten werden. Zu möglichen Reformen bei der Finanzierung des Gesundheitswesens äußerte sich Dr. Chow jedoch nicht. Die Arbeit als Gesundheitsminister in Hongkong sei eine große Herausforderung, der er sich nach reiflicher Überlegung stellen wolle. Damit spielte er vor allem auf die Umstände an, die seinen Vorgänger zum Rücktritt gezwungen hatten.

Eine jüngst veröffentlichte Studie zur Einkommenssituation Hongkonger Haushalte unterstreicht die wachsende Armut in Hongkong. Anlässlich des weltweiten "Tages gegen Armut" wies die Studie darauf hin, dass sich in den letzten 10 Jahren die Schere zwischen Arm und Reich in drastischer Weise weiter geöffnet habe. Hätten 1981 die ärmsten 10% der Hongkonger noch über 1,4% und die reichsten 10% über 35.2% des gesamten Einkommens Hongkonger Haushalte verfügt, so seien es nun nur noch 1% für die ärmsten 10% gegenüber 41% für die reichsten 10%. Details der Studie wurden vom Hongkonger Rat für Soziale Dienste (Hong Kong Council of Social Service) veröffentlicht. Dessen Präsidentin, Christine Fang, erhofft sich von dem neuen Gesundheitsminister einen aktiveren Umgang mit dem Armutsproblem, weil nach ihrer Einschätzung, die Vergabe staatlicher Wohlfahrtsleistungen nicht der einzige Lösungsansatz sein könne. (Hong Kong government website, 8.10.04; SCMP, 1., 5., 8., 9., 16.10.04; RTHK; Radio 3, 16.10.04, nach BBC PF, 17.10.04; XNA, 8.10.04) -kw-

38 Far Eastern Economic Review erscheint nicht länger als Wochenzeitschrift

Die Ankündigung des Vorsitzenden des Verlages Dow Jones & Co, Peter R. Kann, die führende englischsprachige Zeitschrift in Ostasien, die Far Eastern Economic Review (FEER), ab dem 4. November d.J. nicht mehr wöchentlich zu publizieren, sorgte nicht nur in der Medienwelt für einen Aufschrei. Wie am 28. Oktober

bekannt wurde, wird die Zeitschrift stattdessen ab dem 17. Dezember einmal monatlich erscheinen.

Als Grund für diese Entscheidung wurde die desaströse Finanzlage der Zeitschrift angegeben, die nunmehr seit sechs Jahren keine schwarzen Zahlen mehr schreibe. Mit der Umstellung auf einen monatlichen Erscheinungsrhythmus gehe auch die Entlassung von 80 Mitarbeitern und die Reduzierung der Auflagenzahl einher. Die damit eingesparten Ressourcen sollen einer weiteren Publikation von Dow Jones & Co, dem Asian Wall Street Journal, zugute kommen. Der Verlag ernannte außerdem Hugo Restall, den vormaligen Chefredakteur der Leitartikelsparte des Asian Wall Street Journal, zum neuen Chefredakteur der FEER. Nach der Absetzung der Zeitschrift Asiaweek im November 2001 werteten Beobachter die Umstrukturierung der FEER als "das Ende einer Ära des unabhängigen wöchentlichen Journalismus in der Region".

Die Zeitschrift war 1946 von dem österreichischen Immigranten Eric Halpern in Hongkong gegründet worden. Sein Bestreben war es, mit der FEER Analysen und Interpretationen der wirtschaftlichen Entwicklungen zu liefern, Wirtschaftsnachrichten zu sammeln und Meinungen zu präsentieren, um zur Verbesserung der vorherrschenden wirtschaftlichen Bedingungen beizutragen. Während der letzten 58 Jahre war die FEER zu einer wertvollen unabhängigen Nachrichtenquelle Asiens in englischer Sprache geworden. Sie verfügte über eine Auflagenzahl von rund 90.000 und eine geschätzte Leserschaft von rund 407.000 Personen. (SCMP, 28., 29.10.04; Yahoo!Asia News online, 28.10.04; The Standard, 29.10.04; BBC News online, 28.10.04; ST, 29.10.04; FAZ, 29.10.04) -kw-

39 Reform des Bildungssystems angekündigt

Am 20. Oktober hat die Hongkonger Regierung ein Dokument mit dem Titel "Reforming the Academic Structure for Senior Secondary Education and Higher Education – Actions for Investing in the Future" vorgestellt und zu dessen öffentlicher Diskussion innerhalb der nächsten drei Monate aufgefordert (Volltext unter http://w3.smcc-canossian.org/nsc/english800.htm). Mit der darin angekündigten Reform des sekundären und tertiären Bildungssektors ist vor allem beabsichtigt, die Bildungsinhalte zu verbreitern und damit Hongkongs Bildungssystem international wettbewerbsfähiger zu machen. Schüler sollen eine breitere Wissensbasis und mehr Entscheidungsfähigkeiten erhalten und so auf den Arbeitsmarkt besser vorbereitet werden.

Bisher durchlief ein Schüler nach der Primarstufe bis zum ersten Hochschulabschluss (undergraduate) vier Stufen: Sekundarstufe 1-3, Sekundarstufe 4 und 5, Sekundarstufe 6 und 7 sowie drei Jahre Studium - die sog. "3+2+2+3"-Struktur. Nach der Reform soll das "3+3+4"-System gelten: drei Jahre untere Sekundarstufe, drei Jahre obere Sekundarstufe und vier Jahr Studium. Man verspricht sich davon auch für viele Schüler eine längere Schulzeit, denn derzeit setzt nur ein Drittel der Schüler die Schule in Stufe 6 fort (die Rede ist daher auch vom "5+2"-System, also 5 Jahre Sekundarerziehung und 2 Jahre Immatrikulation).

Die strukturelle Änderung geht einher mit einer wesentlichen Änderung des Curriuculums. Statt einer frühzeitigen Einengung der Schüler auf Fachrichtungen wie Naturwissenschaften. Gewerbe- oder technische Fächer soll dann eine Kombination aus Kernfächern, Wahlfächern und Zusatzfächern gelten, um Fähigkeiten und Interessen ebenso mehr gerecht zu werden wie Bildungsanforderungen des 21. Jahrhunderts. Als Kernfächer gelten Chinesisch, Englisch, Mathematik und Allgemeinbildung (liberal studies). Zwei bis drei Wahlfächer müssen aus einer Gruppe von 20 Fächern genommen werden, darunter Fächer wie Geschichte, Physik oder Geographie, aber auch eher berufsorientierte Fächer wie Design, Tourismus oder Visual Arts. Als Zusatzfächer gelten andere "Lernerfahrungen" wie soziale Dienste oder berufsbezogene Aktivitäten. Die Schulen sollen 45-55% des Unterrichts den Kernfächern widmen, 20-30% den Wahlfächern und 15-35% den Zusatzfächern.

Insgesamt sollen die Lehrpläne flexibler werden als bisher. Ein beson-

einbezogen. Gruppenreisende mach-

deres Augenmerk wird dabei auf die "Allgemeinbildung" gelegt. Mit ihr sollen die Schüler ihr "soziales Bewusstsein als Bürger in einer lokalen, nationalen und globalen Welt" stärken und unabhängig denken lernen. Das Fach soll Wissen zur eigenen und persönlichen Entwicklung, zu Gesellschaft und Kultur, zu Naturwissenschaften, Technologie und Umwelt vermitteln. Mit seiner Einführung wie generell mit der curricularen Reform soll die starke fachliche Spezialisierung in rund 40 Fächern wie Rechnungsführung, Geschichte, Biologie u.Ä. zugunsten eines "forschenden Lernens" aufgegeben werden, das die Schüler in die Lage versetzt. Fragen zu stellen, Informationen zu sammeln und zu bewerten und Thesen zu formulieren.

Die Reform impliziert weiter die Aufgabe der bisherigen Schulexamina. Das Hong Kong Certificate of Education Examination, das nach Stufe 5 vergeben wurde, sowie die Advanced Level Examination nach Stufe 7 sollen zugunsten eines einheitlichen öffentlichen Examens (Hong Kong Diploma of Secondary Education Examination) abgeschafft werden.

Die Reform wird von Befürwortern als lange überfällig und als endlich vollzogene Abkehr vom britischen Schulsystem bezeichnet. Schon 1986 soll die Hong Kong University, da viele Studenten mit dem A-Level-Examen als nur unzureichend auf die Hochschule vorbereitet angesehen wurden, einen ähnlichen Vorschlag unterbreitet haben, der von der Kolonialregierung allerdings abgelehnt wurde. Der jetzige Vorschlag wird u.a. auch deshalb begrüßt, weil breiter vorgebildete Studenten auch ausgeweitete undergraduate-Programme möglich machen.

42.100 HK\$ 50.000 HK\$ Hochschule 42.100 HK\$ 50.000 HK\$ Hochschule 42.100 HK\$ 50.000 HK\$ 8.750 HK\$ 50.000 HK\$ Sekundarstufe 6-7 7.200 HK\$ 8.750 HK\$ 5.050 HK\$ Obere Sekundarstufe 7.200 HK\$ Sekundarstufe 4-5 7.200 HK\$ 5.050 HK\$ Sekundarstufe 1-3 Untere Sekundarstufe

Als möglicher Zeitpunkt für die Durchführung der Reform wird das Jahr 2008 gesehen. Wenn dann die ersten Schüler in die 3-jährige Sekundarstufe II eintreten, könnten sie im September 2011 ihr Studium aufnehmen.

Hingewiesen wird in den Berichten zur Reform allerdings auch auf steigende Kosten. Nicht nur dass die Reform der Schulen und Hochschulen (z.B. deren Ausbau und die Ausbildung der Lehrer) rund 6,7 Mrd. HK\$ kosten dürfte, auch die Schulgebühren werden steigen, darunter die Hochschulgebühren um rund 60% (s. Tabelle). (XNA, 20., 22.10.04; SCMP, 20., 21., 22., 26.10.04) -gs-

SVR Macau

40 Neue Tourismus- und Kasinorekorde

Macaus Tourismusindustrie boomt ungebremst. Der Besucherrekord von 11,88 Mio. im letzten Jahr wurde bereits in den ersten neun Monaten dieses Jahres übertroffen. 12,19 Mio. Touristen und damit 45,3% mehr als im Vergleichszeitraum 2003 kamen bis Ende September nach Macau. Besucher vom Festland stellten mit 57.1% die Mehrheit. 6.95 Mio. Touristen vom Festland wurden gezählt, 82,7% (!) mehr als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Davon waren 2,48 Mio. Einzelreisende, Nutznießer der Erleichterung der VR China bei Einzelreisen nach Macau (und Hongkong) (Facilitated Individual Travel, FIT). Inzwischen sind 32 Städte auf dem Festland in die FIT-Politik mit ten in den ersten neun Monaten 1.18 Mio. aus, ein Plus von 74,5% (!) im Vergleich zum selben Zeitraum 2003. 135.134 Gruppenreisende kamen vom chinesischen Festland (ein Plus von 14,7%), aus Taiwan 27,892 (ein Plus von 133,7%!). Gruppenreisende aus Macau legten um 40,6% zu. Besonders beliebt bei den Bürgern Macaus sind das Festland, Taiwan und Thailand. Auch die Zahl der Touristen aus Südostasien stieg in den neun Monaten: 160.000 Besucher bedeuteten ein Plus von 78% gegenüber dem Vergleichszeitraum 2003. Kenner der Tourismusbranche sagen einen Anstieg der Besucher auf 15 Mio. bis zum Jahresende voraus, was fast an die Grenzen der Aufnahmefähigkeit des nur 27 qkm großen Territoriums stoßen würde. Deshalb kann es Macau nur gelegen sein, wenn sich der Touristenansturm auf die normalen Wochentage statt auf die Ferien verteilt. Und Einzelreisende sind da wesentlich flexibler in ihren Reiseplänen. In der "Goldenen Woche", den sieben Tagen Urlaub vom 1. bis 7. Oktober auf dem Festland anlässlich des Nationalfeiertags, wurden zwar 400.000 Besucher verzeichnet, aber im Vergleich zur "Goldenen Woche" 2003 mit 547.000 Besuchern waren es dieses Jahr etwa 25% weniger. Die fünf Einreise-Kontrollstellen Macaus wickelten während dieser einen Woche 1,67 Mio. Reisende ab. Die Grenzstation auf der Halbinsel Macau. die mit der Gongbei-Zollstation in der Nachbarprovinz Guangdong verbunden ist (zweitgrößte Zollstation in China), wickelte über 645.000 Reisende nach und über 675.000 Reisende aus Macau ab. Auch der Flughafen meldete Rekorde. In den ersten acht Monaten wurden 2,37 Mio. Passagiere abgefertigt, 32,1% mehr als im Vergleichszeitraum 2003. Die Zahl der Macauer, die nach Bangkok flogen, nahm um 71% zu. Auch die Hotels erlebten einen Aufschwung. Bis Ende September boten die 9.105 Zimmer 2,9 Mio. Gästen Platz. Die durchschnittliche Belegungsrate lag im September bei 71,2%, bei den besonders bei Festlandtouristen beliebten Drei-Sterne-Hotels lag sie bei 84,4%.

Da die meisten Touristen wegen des Glücksspiels nach Macau reisen (nur 15% der 11,9 Mio. Touristen im letzten Jahr besuchten eines der 15 Mu-